

politisches Leben ausgleichend einzuwirken, in unkluger Weise verpaßt.

Bei der Statsberathung zu Anfang April bechäftigte sich die Kammer mit dem Invaliditätsgesetz. Der Abgeordnete Sachs, eines der wenigen Mitglieder der „deutschen Partei“, die sich ein sachliches Urtheil gewahrt haben, konstatierte mit wünschenswerthem Nachdruck, daß dieses Gesetz „im ganzen Lande große Unzufriedenheit erzeuge“. Der Minister erwiderte mit der tröstlichen Versicherung, daß „in anderen deutschen Ländern noch weit größere Härten vorliegen“. Ueber den Gang der Verhandlungen im Bundesrathe, fuhr er fort, wolle er nicht sprechen, aber das könne er sagen, „daß wenn die Anträge Württembergs durchgegangen wären, die hier gehörten Klagen nicht laut geworden wären“. Es ist sehr zu bedauern, daß sich der Minister mit dieser aphoristischen Aeußerung begnügt hat und die schöne Gelegenheit vorbeigehen ließ, die eigene Regierung zu entlasten. Er hätte sich den Dank des ganzen Landes erworben. Seine weiteren Ausführungen freilich: dieses Gesetz sei gewissermaßen „die Krone unserer sozialpolitischen Gesetzgebung“; man dürfe „den ersten Eindruck desselben nicht überwältigend auf sich einwirken lassen“, sowie die von ihm ausgedrückte Hoffnung, „die Armenlast werde einmal dadurch eine wesentliche Verringerung erfahren“, all das ist ganz und gar nicht geeignet, von der verkehrten Erwartung Württembergs im Bundesrathe übertriebene Erwartungen wachzurufen. Konrad Haußmann vertrat in energischer Weise den ablehnenden Standpunkt der „Volkspartei“, der in diesem Falle ohne jede Einschränkung, wie ja schon Sachs konstatierte, der des ganzen Landes ist. Beide Gesetze, die „Verwaltungsreform“ und das „Klebegezet“ wirken in einer Richtung merkwürdig zusammen, — sie stoßen unser Landvolk so vor den Kopf, daß wir bei den nächsten Wahlen absonderliche Dinge erleben können. Eine gesunde Reform der Verwaltung wäre in erster Linie unserem Bauernstande zu Gute gekommen, da das lebenslängliche Schulzenthum in den Landgemeinden seine schlimmsten Blüten treibt. Dieser Weg ist jetzt verschlossen. Das Klebegezet hinwiederum beschwert die groß- und kleinbäuerlichen Verhältnisse so, daß die Mißstimmung in diesen Kreisen eine außerordentlich tiefgehende ist. Es gehört zu den schönsten Leistungen einer „staatsbehaltenden“ Politik, sich das Landvolk zu entfremden.

Gewisse Theile des Landes wurden vorübergehend von einer Art Eichenbahnfieber befallen, welches auch in unserem Halbmondjaale allerhand kleine und große Erregungszustände hervorrief. Die Regierung beobachtete im Ganzen ein kluges „Principis obsta“ und verhütete so das weitere Umsichgreifen der Epidemie. Die Leidenschaft der Wünsche für Lokalbahnen steht meist im umgekehrten Verhältniß zur Wichtigkeit und Nothwendigkeit derselben.

Die weiteren Berathungen gingen ruhig und friedlich von statten, bis kurz vor dem Schlusse der Session anläßlich des Schulaufsichtsgesetzes sich allerhand Vorgänge abspielten, die auch über die Grenzen der schwarzrothen Pfähle hinaus nicht ohne Interesse sind. In der Lehrerwelt unserer evangelischen Volksschule herrscht schon geraume Zeit eine Bewegung, für welche jeder Verständige, der ohne Voreingenommenheit an die Schulfragen herantritt, nur die wärmste Sympathie hegen kann. Die Lehrer kämpfen in energischer, klarer und zielbewußter Weise für die soziale und moralische Hebung ihres ganzen Standes. Der wundeste Fleck unserer Schulorganisation ist ohne Zweifel die geistliche Ortschulaufsicht, die wie ein Bleigewicht auf der sozialen Stellung und dem pädagogischen Wirken des Lehrerstandes lastet. Gegen diese geistliche Schulaufsicht machen nun die Lehrer mit vollem Rechte Front; schon steht die öffentliche Meinung größtentheils auf ihrer Seite und bis in die Reihen der Geistlichkeit hinein ist man von der Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes überzeugt. Auch die Regierung konnte sich dieser Erkenntniß nicht verschließen: sie war bereit, das Prinzip der geistlichen Schulaufsicht zu durchbrechen und für städtische Gemeinwesen von gewisser Größe zunächst in fakultativer Weise eine sachmännische

Aufsicht zuzulassen. Die Erörterungen, welche bei diesem Anlaß in der zweiten Kammer gepflogen wurden, zeichneten sich durch ihren friedfertigen, entgegenkommenden Ton in vortheilhafter Weise vor früheren Schuldebatten aus. Allein die Rechnung wurde ohne die Katholiken und ohne die erste Kammer, was in diesem Falle dasselbe ist, gemacht. Der bezügliche Paragraph des Gesetzes wurde — wohl ein Unikum in der ganzen parlamentarischen Geschichte Württembergs — von der ersten Kammer mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt. Unter der sachkundigen Leitung des Herrn von Göz und der wirksamen Beihilfe der katholischen Mitglieder der Linken (!) gab dann die zweite Kammer, wie üblich nach, um „das Ganze“ zu retten. Einen erbaulichen Eindruck machte das Verhalten einiger katholischen Abgeordneten, die selbst Lehrer sind und früher stets für die sachmännische Schulaufsicht eingetreten waren. Sie stimmten ein „pater peccavi“ an und retteten, wie ihre Gebieter zu sagen pflegen, die „Freiheit der Schule“.

Der Blick auf die Gesamtheit unserer parlamentarischen Verhältnisse, wie sie in der eben abgelaufenen Session zu Tage getreten sind, bleibt hauptsächlich an drei Erscheinungen haften, die für die weitere Entwicklung unserer Zustände von Bedeutung sind. Erstens hat sich mit immer wachsender Deutlichkeit gezeigt, daß wir ganz „reinlich und zweifelsohne“ ein Centrum haben, obgleich es offiziell noch nicht getauft ist. Zweitens hat sich ergeben, daß die ganze Parteigruppierung in der Kammer so unsinnig und verworren als möglich ist. Drittens endlich wird jetzt auch ein Blinder erkennen, daß ohne Verfassungsreform unser weiteres parlamentarisches Leben versumpfen muß.

Die Vorgänge anläßlich der Berathung des Schulaufsichtsgesetzes haben bewiesen, was freilich dem tiefer Blickenden längst kein Geheimniß mehr war, daß bei den katholischen Mitgliedern der Kammer der konfessionell-kirchliche Gesichtspunkt unter allen Umständen der ausschlaggebende ist. Damit haben sie das Recht, sich irgend einer anderen Partei auch nur äußerlich zuzugesellen, endgiltig verwirkt und die Pflicht, die Konsequenz aus diesem Verhalten zu ziehen, d. h. sich auch der Deffentlichkeit gegenüber als das zu geben, was sie wirklich sind — als katholische Partei. Daß dieses entscheidende Debut, welches noch mit verhüllter Flagge stattfand, zugleich den Verzicht auf eigenes Denken und die bewußte Unterordnung unter die Kirche mit voller Deutlichkeit zu Tage brachte, kann für die Klärung unserer politischen Verhältnisse nur von Vortheil sein. Unähnlich darin ihrem todten Meister, der gelegentlich auch die Kirche unter seinen Willen beugte, dokumentiren diese begabten Staatsmänner ihre politische Reife damit, daß sie, wie die Küchlein der Henne, sich unter die schützenden Fittige der Kirche verkriechen. Sie nehmen das Ende einer Entwicklung für deren Anfang und halten sich für groß, weil ihnen gütigst erlaubt wird, die Soutane des Priesters zu küssen.

Die Verworrenheit der Parteiverhältnisse in der Kammer liegt auf flacher Hand. Eine ganze Reihe von Abstimmungen hat gezeigt, daß bald Niemand mehr weiß, wer Koch oder Kellner ist. Es kann nicht so fortgehen; die parlamentarische Abstimmung wird zur reinen Lotterie. Wenn heute der Einfluß gewisser Persönlichkeiten wegfiel, die absolut nicht fühlen wollen, daß ihnen der Boden unter den Füßen längst gewichen ist, so würde sich zeigen, daß auch die „deutsche Partei“, die eigentliche Mittelpartei der Kammer, denn doch noch Elemente in sich schließt, die innerlich längst mit dem „nationalen“ Phrasen-Humbug gebrochen und für die praktischen Bedürfnisse des Volkes noch nicht allen und jeden Blick verloren haben. Aus diesen Elementen und den nicht-katholischen Mitgliedern der jetzigen Linken könnte sich eine wirkliche Linke herausbilden, an deren möglichst baldigem Zustandekommen Niemand ein größeres Interesse haben müßte als die Regierung. Denn gerade die jüngsten Vorkommnisse beim Schulaufsichtsgesetz haben Jedem, der sehen will, deutlich genug gezeigt, daß der Regierung noch ganz andere und unmittelbare Gefahren drohen, als ihr je aus einer kompakten und zielbe-

1  
t  
e  
s  
n  
ad  
id